

an	AD	ST						dodis.ch/48951
Datum	24	U						7
Visa	MS	U						
EPD			01.09.76				17	
Tit	o.301.Youg.V'ch							

s.B.41.11.Youg.1. - WA/ber  
ad: o.301.You - ST/ap

3003 Bern, 31. August 1976

Notiz an die Direktion für Internationale Organisationen

Jugoslawische Verhandlungsvorschläge betreffend die  
 Schulung von Gastarbeiterkindern, die wissenschaft-  
 liche Zusammenarbeit und den akademischen Austausch

Zu Ihrer Notiz vom 16. August 1976 in der randvermerkten  
 Angelegenheit nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir teilen Ihre Auffassung, wonach die jugoslawischen  
 Vorschläge im Hinblick auf mögliche Verhandlungen des Amtes für  
 Wissenschaft und Forschung mit den zuständigen Belgrader Behör-  
 den eher restriktiv auszulegen sind.

Unsere Beziehungen mit Jugoslawien haben sich zwar in  
 den letzten Jahren auf verschiedenen Teilgebieten in erfreuli-  
 chem Masse entwickelt, können jedoch nicht darüber hinwegtäu-  
 schen, dass zwischen den beiden Ländern erhebliche ideologische  
 und soziopolitische Differenzen bestehen. Das wirkt sich gerade  
 beim Problem der Schulung von ausländischen Gastarbeiterkindern  
 in der Schweiz aus. Das Schulungsanliegen an sich ist zweifellos  
 berechtigt. Andererseits sind aber Klagen über Praktiken der  
jugoslawischen Konsulate in der Schweiz laut geworden, welche  
 darauf ausgerichtet sind, ihre Landsleute politisch unter Kon-  
 trolle zu halten. Das zeigt sich etwa in den Versuchen, sich in  
 die Tätigkeit, namentlich das Unterrichtswesen, der jugoslawi-  
 schen religiösen Missionen in der Schweiz einzuschalten und Zu-  
 satzkurse in der Heimatsprache und -kultur im Sinne des sozia-  
 listischen Patriotismus zu vermitteln. Wenn auch die erhaltenen

./.

- 2 -

Informationen nicht über alle Zweifel erhaben sein dürften, so hat dieses Vorgehen dennoch zur Folge, dass in gewissen religiösen jugoslawischen Kreisen sowie in einem Teil der Gastarbeiterschaft aus diesem Lande Misstrauen und Furcht gesät werden. Die Ansicht der Eidgenössischen Konsultativkommission für das Ausländerproblem - die bis zu einem gewissen Grad von der Bundesanwaltschaft und der Fremdenpolizei geteilt wird - wonach die Machenschaften der jugoslawischen Konsularbeamten einen unstatthaften Eingriff in unsere politische Ordnung darstellen, ist vor diesem Hintergrund verständlich.

Bei der Behandlung der Schulung von Kindern jugoslawischer Gastarbeiter in der Schweiz gilt es diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen. Mit Ihnen sind wir der Ansicht, dass diese Angelegenheit schon rein materiell gesehen und angesichts der offensichtlichen Bedeutung, welche ihr die jugoslawische Seite beimisst, von den Vorschlägen betreffend wissenschaftliche Zusammenarbeit (A) und den akademischen Austausch (C) gesondert betrachtet werden soll.

Zu den Abschnitten A und C haben wir uns nicht zu äussern. Hingegen befürworten wir im Sinne Ihrer Ausführungen, dass der schweizerischen Delegation im Hinblick auf Verhandlungen auf jeden Fall ein Vertreter unseres Departements zur klaren Absteckung der vertraglichen Möglichkeiten beigegeben wird.

POLITISCHE DIREKTION

  
A. Hegner